

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

31. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 13. März 2003

Tagesordnungspunkt 5:

Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Fünfter Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW)** (Drucksache 15/105)

2379 A

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor 24 Jahren ist das internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau in Kraft getreten. Die Bundesrepublik Deutschland trat ihm nach nur sechs Jahren bei. Das war am Beginn der Ära Kohl. Nach Jahren konservativer Frauenpolitik gab es 1998 einen Regierungswechsel. Die Neuen versprachen Besserung. Sie verhiessen, die Auswirkung aller Gesetze und Maßnahmen auf die Geschlechter zu prüfen, und sie gelobten, Benachteiligungen von Frauen zu verhindern und vorhandene Benachteiligungen abzubauen. Das hat die PDS begrüßt, weil es modern, europäisch und frauenfreundlich ist.

Ich räume gerne ein: Nach fünf Jahren Rot-Grün gibt es etwas auf der **Habenseite**: das Gewaltschutzgesetz, das Kinderrechteverbesserungsgesetz oder die Änderung des Bundeserziehungsgeldgesetzes. Es geht um weniger Gewalt gegen Frauen, um mehr Rechte für Kinder und um Mittel für die Erziehung. Die PDS hat das nicht immer im Detail, aber in der Richtung begrüßt.

Nun komme ich aber zur **Sollseite**, zu den Defiziten – sie sind zum Teil gravierend – von Rot-Grün:

Beispiel eins: Lohngleichheit von Frauen und Männern. Noch immer erhalten Frauen keinen gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit. Frauen im Westen erhalten 75 Prozent und Frauen im Osten 94 Prozent der vergleichbaren Männereinkommen. Sie werden darauf verweisen, dass die Differenz abnimmt. Ich sage Ihnen: Bei gleich bleibender Entwicklung können die Frauen im Osten in 30 Jahren und die Frauen im Westen in 160 Jahren mit gleichen Löhnen wie ihre Kollegen rechnen. Ich finde, das ist etwas sehr spät.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die Bundesregierung verweist in diesem Zusammenhang gerne auf die Tarifautonomie. In anderen Bereichen tut sie das nicht. Sie haben aber Recht: Auch die Gewerkschaften sind für diesen Zustand verantwortlich.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Eines können Sie mir aber nicht erklären: Weshalb sind im Jahre 13 der Einheit die Frauen im Westen noch immer doppelt diskriminiert?

Zweites Beispiel: Hartz. Ich habe hier schon mehrfach darauf hingewiesen, dass die so genannten Hartz-Regelungen für die neuen Bundesländer, aber auch für die strukturschwachen Regionen in den alten Bundesländern Gift sind. Besonders katastrophal sind die Auswirkungen auf Frauen. Das Lohndumping in frauenspezifischen Berufen boomt. Sozialversicherungspflichtige Teilzeit- und Vollzeitstellen werden durch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse verdrängt.

Dasselbe trifft übrigens auch für die Mittel der Arbeitsförderung zu. Sie streichen sie um Milliarden zusammen und wieder sind Frauen im Osten und in strukturschwachen Regionen im Westen die ersten Opfer.

Drittes Beispiel: die Gesundheitsreform. Die Debatte über diese Reform ist im Gange. Ich finde es bemerkenswert, dass dabei frauenspezifische Aspekte kaum eine Rolle spielen, obwohl wir doch in diesem Ressort eine Ministerin haben. Dabei wäre eine qualitativ bessere Gesundheitsversorgung von Frauen, insbesondere von Migrantinnen, dringend geboten. Deshalb sollte die Versorgung von Migrantinnen möglichst schnell in das Gesundheitssystem integriert und keine Forschung und Erprobung von Medikamenten erlaubt werden, wenn diese nicht geschlechtsspezifisch angelegt ist. Außerdem ist eine Aufklärungskampagne des Gesundheitsministeriums zur Hormonersatztherapie dringend notwendig, um das ihr innewohnende Risiko der Neuerkrankung an Brustkrebs zu senken.

Ich gebe zu: Mir fällt es als Mitglied einer parlamentarischen Gruppierung, die zu 100 Prozent aus Frauen besteht, leicht, mich so zu diesen Themen zu äußern. Wir sollten aber parteiübergreifend dafür sorgen, dass der nächste Bericht noch positiver ausfällt. Das gilt insbesondere, wenn wir über den bundesdeutschen Tellerrand hinausblicken.

Im vergangenen Jahr hat sich die Lage der Frauen in der Welt verschlechtert. Immer mehr Frauen und Kinder sind Opfer von Krieg und Gewalt geworden. Auch daran sollten wir in den aktuellen außen- und innenpolitischen Auseinandersetzungen denken. Vielleicht sollte Frau Merkel noch einmal darüber nachdenken, welche Auswirkungen ihre Außenpolitik auf die Lage der Frauen zum Beispiel im Irak hat.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])